

Zu diesem Heft

Jenseits des Entwicklungsdenkens

In den westlich geprägten Sozialwissenschaften steht das Konzept der „Entwicklung“ spätestens seit dem 19. Jahrhundert für eine nach einem bestimmten Muster ablaufende Veränderung von Gesellschaften, ihrer Produktions- und Lebensweise und ihres technologischen Niveaus. Es entstanden miteinander verknüpfte Vorstellungen: Danach stünden erstens die industrialisierten Gesellschaften Westeuropas und Nordamerikas an der Spitze der menschlichen Evolution. Zweitens sollten Gesellschaften auf der Grundlage von Expert*innen-Wissen „rational“ umgestaltet werden. Weniger industrialisierte Volkswirtschaften oder Staaten hätten drittens „Entwicklungsrückstände“ aufzuholen. Bereits im Kolonialismus fand derartiges Denken Anwendung auf kolonisierte Gesellschaften, die vermeintlich von außen „entwickelt“ werden mussten, anstatt sich selbst „entwickeln“ zu können.

In diesem Entwicklungsdenken finden sich einige problematische Elemente. Das erste ist das des eurozentrischen Evolutionismus: Wenn Auguste Comte durch eine „Vergleichung der mannigfaltigen gleichzeitigen Zustände der menschlichen Gesellschaft auf verschiedenen Punkten der Erdoberfläche ... die verschiedenen wesentlichen Phasen der menschlichen Evolution“ erforschen will oder Karl Marx meint, „das industriell entwickeltere Land“ zeige „dem minder entwickelten nur das Bild der eignen Zukunft“, betreiben sie das, was Henning Melber eine „Verzeitlichung des räumlichen Nebeneinanders“ nennt: Sie nehmen aus der Perspektive der modernen europäischen Gesellschaft Andersheit als Rückständigkeit wahr. Die Annahme der eigenen Überlegenheit führte dazu, dass „Entwicklung“ gleichzeitig als Angleichung an den Zustand „entwickelter“ Länder und als Verbesserung von Lebensverhältnissen für alle imaginiert wurde und oft heute noch wird. Zugleich artikulieren diese frühen Konzepte die säkulare Tendenz des industriellen Kapitalismus zur Expansion, die sich einerseits in der bis in die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts hinein gesteigerten Konkurrenz der Nationalstaaten, andererseits in der Unterwerfung einer kolonialen Außensphäre artikuliert.

Eine neue politische Wendung erfuhr dieses Denken seit dem späten Kolonialismus (z.B. im britischen *Colonial Development Act* von 1929), v.a. aber in der Phase der Dekolonisierung seit der Mitte des 20. Jahrhunderts.

Mit der Verkündung eines „Programms zur Entwicklung der unterentwickelten Regionen“ wollte die US-Regierung die von den Kolonialmächten unabhängig werdenden Staaten von einem Überlaufen ins kommunistische Lager abhalten. Das Versprechen einer Verallgemeinerung des Wohlstands im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft begründete so ein neues Legitimationsmuster in den Nord-Süd-Beziehungen in gleichzeitiger Konfrontation zu der scheinbaren Alternative des Sowjetsystems: Statt um die „Zivilisierung der Unzivilisierten“ ging es nun um die „Entwicklung der Unterentwickelten“. In diesem Rahmen hat sich ein Feld von Expert*innen, Organisationen, Ministerien und Freiwilligen herausgebildet, deren Anspruch darin besteht, das Ziel zu verfolgen, die Regionen und Gesellschaften im Globalen Süden zu „entwickeln“.

Das Schlagwort der „Entwicklung“ wurde von den Eliten der als „weniger entwickelt“ bezeichneten Staaten schnell aufgegriffen: Nach innen konnten damit als ein weiteres problematisches Moment auch eine autoritäre Politik im Namen der „nationalen postkolonialen Entwicklung“ legitimiert, nach außen auf der Ebene der UN Forderungen nach Finanztransfers und Handelsvergünstigungen untermauert werden. Doch schon Ende der 1960er Jahre stellten sich erste Zweifel ein, ob das Versprechen, so wie vorgestellt, einzulösen sei: Ungeachtet der Großprojekte, extensiver Infrastrukturförderung und spürbaren Wirtschaftswachstums war die Armut kaum geringer geworden. Die Entwicklungsindustrie reagierte schnell mit einer neuen Diagnose – die soziale und die ländliche „Entwicklung“ müssten stärker beachtet werden – und neuen Rezepten (Grundbedürfnisstrategie und *Integrated Rural Development Programs*). Seit den 1970er Jahren bestand die Reaktion auf mangelnde Erfolge in immer neuen Konzepten, die bislang unterbelichtete Aspekte der „weniger entwickelten“ Gesellschaften in den Blick nahmen: Frauen, Umwelt, Partizipation der Betroffenen, Markt, Regierungsführung, Mikrokredite usw. So kam es, dass „Entwicklungsprojekte“ heute ganz unterschiedliche Ziele verfolgen: den Bau von Straßen, Staudämmen, Schulen oder Krankenhäusern, Reformen der Wirtschaftspolitik oder der Verwaltung, die Steigerung landwirtschaftlicher Produktivität, politischer Partizipation oder der Alphabetisierungsrate von Frauen, Maßnahmen zum Schutz biologischer Vielfalt oder zur Verbreitung von Verhütungsmitteln. Dabei verschob sich der Diskurs weg von der Annahme eines für alle Menschen ungefähr gleichen Wohlstands hin zur Armutsbekämpfung – das implizite Eingeständnis, dass das ursprüngliche Versprechen illusorisch war und nun stillschweigend durch die Zementierung des Prinzips der weltweiten Ungleichheit ersetzt wurde, ungeachtet deutlicher Verschiebungen innerhalb der globalen Hierarchie.

Ende des 20. Jahrhunderts äußerten immer mehr globalisierungskritische, feministische und dekoloniale Bewegungen und Theorieströmungen Kritik am Entwicklungsdenken als einer Ideologie, die von eurozentrischen Standards ausgeht, Herrschaftsverhältnisse legitimiert und Ungleichheit entpolitisiert, Gesellschaften als vermeintlich homogene Einheiten konstruiert und die transnationalen Zusammenhänge eines kolonialen Weltwirtschaftssystems ausblendet. Eine als „post-development“ bekannt gewordene Denkrichtung sieht keine Zukunft für „Entwicklung“, sondern fordert neue Leitbilder und Gesellschaftsmodelle: Alternativen, die sie vor allem in den Strategien lokaler, indigener Gemeinschaften sowie in einigen Graswurzelbewegungen im Süden verwirklicht sieht, welche sich gegen „Entwicklungsprojekte“ stellen. Einer elenden, geld- und warenabhängigen Verarmung durch Eingliederung in den globalen Kapitalismus wurde eine genügsame, suffizienzorientierte Lebensweise als erstrebenswert entgegengestellt. In der Debatte um *buen vivir* in Südamerika (s. *PERIPHERIE* Nr. 149) wurde dieses Denken prominent; ähnliche Konzepte finden sich an vielen Orten weltweit.

Ungeachtet dieser Kritik war und ist „Entwicklung“ für die meisten Menschen im Globalen Süden Sinnbild für eine bessere Zukunft. Wie diese Zukunft aussieht, darüber besteht keineswegs immer Einigkeit: Regierungseliten, Kleinbäuerinnen/-bauern und Plantagenarbeiter*innen, aufstrebende IT-Unternehmer*innen, Straßenverkäufer*innen, Weltbankmanager*innen oder NGO-Aktivist*innen haben oftmals durchaus unterschiedliche Vorstellungen von einer besseren Gesellschaft und davon, wie sie erreicht werden kann. Die Rede von „Entwicklung“ funktioniert hier oft als ein produktives Missverständnis, bisweilen auch – ein drittes problematisches Element – als eine Ideologie, die gesellschaftliche Konflikte verschleiert: Dadurch, dass sich alle positiv auf sie beziehen und mit den ihnen wünschenswert erscheinenden Zielvorstellungen füllen können, erlaubt sie als gemeinsamen Nenner eine Zusammenarbeit von Akteur*innen mit ganz unterschiedlichen „Entwicklungsverständnissen“ bzw. gesellschaftlichen Zielvorstellungen und Interessen – allerdings keine reibungslose. Einige leiten daraus die Schlussfolgerung ab, die Rede von der „Entwicklung“ sei zu beenden.

Aber wenn wir nicht mehr von „Entwicklung“ reden wollen, worum geht es uns stattdessen: um eine gerechte Globalisierung oder um lokale Autonomie, um Umverteilung des Wohlstands oder um die Abwicklung des Kapitalismus, um globale öffentliche Güter oder um eine solidarische und gastfreundliche Welt? Wie kann ein „gutes Leben für alle“ aussehen? Werden alternative Konzepte wie *buen vivir* oder *ubuntu* ebenfalls zur Legitimierung von Herrschaft benutzt? Wie bezeichnen wir die Auseinandersetzungen um gerichtete Veränderung, positiven sozialen Wandel und

gesellschaftliche Ziele, bei denen es immer auch um politische Macht, Klassen- und Geschlechterverhältnisse, internationale Beziehungen und Konflikte geht?

In diesem Heft nehmen wir einige dieser vielen Gesichter von „Entwicklung“ und alternative Ansätze in Augenschein. Dies war vonseiten der Redaktion einmal mehr mit einer besonderen Anstrengung verbunden, nicht nur „die Welt von den Rändern zu denken“ – im klaren Bewusstsein, dass die „Ränder“ durchaus auch als Mehrheit und Mitte verstanden werden können –, sondern auch Positionen und Stimmen dieser „Peripherie“ in noch höherem Maß als sonst Gehör auch im deutschen Sprachraum zu verschaffen. Das vorliegende Heft enthält auch vor diesem Hintergrund unterschiedliche Formen von Texten; insbesondere ist der Anteil der referierten Beiträge gewollt kleiner und der von übersetzten größer als üblich. Inhaltlich wird deutlich, dass es nicht allein darum gehen kann, die in Abkehr oder grundlegender Modifizierung von „Entwicklung“ formulierten Perspektiven einem Schema von „progressiv“, „konservativ“ oder „rückwärtsgewandt“ zu subsumieren, sondern sich gerade auch der Ambivalenzen bewusst zu werden, die das Unbehagen in einer durch den industriellen Kapitalismus sowie die vorgeblich über ihn hinausweisenden Technologien und ihre Folgen geprägten Welt hervorbringen können.

Wie aktuell auch in der deutschen Politik zu beobachten ist, führen das Reden über Alternativen und der Anspruch, sie zu vertreten oder gar zu verwirklichen, keineswegs immer nach vorne, ins Offene und Freie. Das verbreitete Gefühl und die Einsicht der Notwendigkeit von Alternativen kann in unterschiedlichster Weise gewendet werden. Theoreme aus dem Bereich des *post-development* werden heute auch von manchen Ideolog*innen der regierenden polnischen PIS-Partei oder des großrussischen Chauvinismus in Anspruch genommen. *Wolfram Schaffar* und *Aram Ziai* gehen dieser Ambivalenz anhand zweier Fallbeispiele nach, wo in jeweils unterschiedlicher Weise die Kritik am „Westen“ genutzt wird, um Regime zu stützen und zu legitimieren, die wohl unbestreitbar als reaktionär gelten können: die Islamische Republik in Iran und die Militärdiktatur in Thailand. Die Autoren verknüpfen dies mit den verbreiteten Verweisen auf rückwärtsgewandte Konsequenzen gerade auch aus *post-development*-Ansätzen. Sie zeichnen die Wurzeln der in Thailand propagierten „Suffizienzökonomie“ sowie des Diskurses über „gharbzadegi“ bzw. „Okzidentose“ im Iran nach und arbeiten so heraus, dass in der Instrumentalisierung die emanzipativen Elemente der Konzepte übergangen werden. Sie warnen ferner vor dem Kurzschluss, „Alternativen zur Entwicklung“ mit ihrer reaktionären Aneignung zu verwechseln.

Sally Matthews setzt sich mit dem oftmals als eine solche Alternative propagierten Konzept des „ubuntu“ auseinander, das – als „afrikanischer Humanismus“ – eine gegenseitige Verbundenheit aller Menschen und so eine relationale Ontologie zur Grundlage hat. Sie argumentiert, die vielerorts mit *ubuntu* einhergehende Suche nach einer authentischen afrikanischen Alternative zum Westen verkenne, dass sie stets mit westlichen Modellen und Diskursen verwoben sei. Anknüpfend an James Ferguson unterstreicht sie darüber hinaus, dass für viele Afrikaner*innen die Forderung nach Teilhabe an einer westlich geprägten globalen Gesellschaft wichtiger scheint als die Suche nach Alternativen. Dies solle zum Ausgangspunkt politischer Kämpfe werden.

Aus anderer, nämlich philosophischer Perspektive setzt sich *Leonhard Praeg* mit der Problematik von *ubuntu* auseinander. Er ordnet dies im Gegensatz zum (Neo-)Konfuzianismus und auch dem tansanischen *ujamaa*, aber ebenso wie *buen vivir* jenen „Epistemologien des Südens“ zu, die keine Stabilität aufweisen und daher vieldeutig und demnach für mannigfache Interpretationen und Inanspruchnahmen offen sind. Sein Plädoyer, *ubuntu* dennoch im Sinne eines epistemologischen Pluralismus ernst zu nehmen, verbindet er mit einer differenzierten Untersuchung der begrifflichen Grundlagen eines solchen Zugangs.

Felix Anderl zeichnet unterschiedliche Formen der Aneignung des Entwicklungsmotivs nach. Anhand seiner teilnehmenden Beobachtung beim Zivilgesellschaftsforum der Weltbankgruppe und des Internationalen Währungsfonds im Jahr 2016 zeigt er, dass sich auch einflussreiche Kritiker*innen dieser Weltwirtschaftsinstitutionen dieses Motivs bedienen. Daher unterscheidet er zwischen einer „herrschaftlichen“ und einer „widerständigen“ Art, es in Szene zu setzen. Auf diese Weise kann er sich der Ambivalenz einerseits des Motivs selbst, andererseits auch seiner offenkundigen Hartnäckigkeit angesichts langjähriger, insgesamt vernichtender Kritik annähern.

Wolfgang Sachs blickt selbstkritisch zurück auf die von ihm mitgeprägte Entwicklungskritik der *post-development*-Ansätze und ihren verfrühten Abgesang auf das Entwicklungsdenken. Im Hinblick auf die *Sustainable Development Goals* (SDGs) einerseits und die päpstliche Enzyklika *Laudato Si'* fragt er, ob dieses Denken sich auch in diesen aktuellen gesellschaftspolitischen Programmatiken findet. Im Hinblick auf die SDGs konstatiert er einerseits, dass der Mythos nachholender Entwicklung geräuschlos beerdigt worden sei, auch wenn sich eine neue, transnationale Mittelklasse unter maßgeblicher Beteiligung des Globalen Südens gebildet habe. Dennoch seien sie ebenso wie das klassische Entwicklungsdenken der Vermessung der Welt, dem Datenvergleich und der Defizitdiagnose verhaftet. In der Enzyklika

verortet Sachs hingegen eine Abkehr vom Entwicklungsdiskurs und eine ökosolidarische Ethik, die sich gegen die Hegemonie des Ökonomischen wendet. Der hier eingeforderte kulturelle Wandel mündet in die Forderung nach der Abwicklung der imperialen Lebensweise.

Zwar auch an Messung und Indikatoren, aber nicht mehr am Bruttoinlandsprodukt ausgerichtet ist das Modell des Bruttonationalglücks in Bhutan, das *Jochen Dallmer* vorstellt. Hier wird im Kontext einer konservativ-nationalistischen Politik eine alternative politökonomische Strategie (biologische Landwirtschaft, kein Beitritt zur Welthandelsorganisation) und v.a. eine alternative Wohlstandsmessung erprobt. Diese umfasst auch Indikatoren zu sozialen Beziehungen, Wohlbefinden und Umwelt, beinhaltet aber auch methodische Probleme und verweist auf deutliche Unterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung sowie zwischen Männern und Frauen – zuungunsten letzterer.

Um Antworten auf die großen ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu finden, unternimmt *Devan Pillay* eine Synthese der Auffassungen zweier auf den ersten Blick sehr unterschiedlicher Denker, Marx und Buddha. Damit will er den vermeintlichen Gegensatz zwischen aufklärerischem und „traditionellem“ Denken auflösen. Er beleuchtet den spirituellen Marx mit einem ausgeprägten Verständnis für die tiefe Verbundenheit des Menschen und der Natur. Dies bringt er in Dialog mit dem Buddha und dessen aus Klassenkonflikten gewonnen Einsichten in die Notwendigkeit, gesellschaftliche Machtverhältnisse durch das Aufbegehren der Marginalisierten zu verändern. Daraus entsteht ein Plädoyer für das Zusammendenken innerer und äußerer Transformation auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft.

Damit, wie solche Projekte konkret gestaltet waren, welchen Schwierigkeiten dabei zu begegnen war und welche Lehren sich für die Gegenwart ziehen lassen, beschäftigt sich *Reinhart Kößler*. Viele Zeitgenoss*innen und nicht zuletzt Marx sahen für das Russland der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Dorfgemeinde einen Ansatzpunkt dafür, ein kapitalistisches Stadium auf dem Weg zu einer freien Gesellschaft zu vermeiden. Der damalige russische Populismus verweist auch auf den ambivalenten Charakter von Solidarität, die stets ein Moment von Zwang enthalte. Kößlers Beitrag zeigt die längerfristigen Zusammenhänge der Bestrebungen in Russland mit Gandhis Überlegungen zur Einfachheit des Lebens und der Selbstgenügsamkeit auf, welche dieser in seinem Dorfontwicklungsplan als Gegenprogramm zu einer auf industrielle Entwicklung setzenden Strategie zu verwirklichen suchte.

Auch *Maria De Eguia Huerta* macht deutlich, dass alternative Konzepte wie *ubuntu* und *buen vivir* vieldeutig sind und auf lokaler Ebene angeeignet werden. Sie zeigt, wie auf lokaler Ebene „Entwicklung“ ausgehandelt wird. Dies geschieht zum einen dadurch, dass die Bäuerinnen/Bauern in La Chiquitania im Tiefland Boliviens sich im Rahmen eines Entwicklungsprojekts zu *gender mainstreaming* auf ein holistisches Konzept – *vida tranquila* – beziehen, wenn sie vom guten Leben sprechen. Dabei setzen sie sich aber auch mit Elementen westlichen Entwicklungsdenkens auseinander. Sie betrachten Geschlechtergerechtigkeit aber als Teil von *vida tranquila* und verwerfen zugleich *gender mainstreaming* als nicht praktikabel. Dies geschieht jedoch unbemerkt von Expert*innen aus dem Globalen Norden, die Geschlechtergerechtigkeit als Teil ihrer Expertise auffassen.

Alternativen zur „Entwicklung“ werden jedoch nicht nur im globalen Süden gesucht, sondern auch von lokalen Gemeinschaften im Globalen Norden praktiziert. *Jill Philine Blau* untersucht mobile Viehhaltung im Oberallgäu und beschreibt, wie Menschen dort als *commoners* Land gemeinsam verwalten und nutzen und wie sich dies in alltäglichen Praxisformen konkret abbildet. Sie zeigt auf, dass die Arbeit der Hirt*innen auch deshalb oft unsichtbar bleibt, weil sie reproduktive und produktive Arbeit nicht als Gegensatz verstehen. Allerdings geraten diese über Generationen hinweg etablierten Landnutzungs- und Verwaltungssysteme zunehmend unter Druck: Alternativen zu Modernisierung und zu kapitalistischen Eigentumsverhältnissen scheinen immer seltener zu werden.

Vier *PERIPHERIE*-Stichwörter runden der thematischen Schwerpunkt ab: *Aram Ziai* stellt den „Post-Development“-Ansatz sowie die Debatte zur „Abwicklung des Nordens“ vor. In die unterschiedlichen Vorstellungen über „Subsistenzproduktion“ und ihre widerständigen Aneignungen führt *Ulrike Schultz* ein. *Matthias Schmelzer* erläutert die Ideen der „Degrowth“- bzw. „Postwachstums“-Bewegung.

Die *PERIPHERIE*-Redaktion und die *Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.* (WVEE), Herausgeberin der *PERIPHERIE*, trauern um zwei für die Zeitschrift wichtige Menschen: *Rainer Dombois* und *Elmar Altwater*. Nachrufe finden sich zu Beginn dieser Ausgabe.

Die Winterausgabe dieses Jahrgangs wird sich des Themas „Macht und Prognose“ annehmen. Den 39. Jahrgang beginnen wir mit einem Heft zu „Erinnerung, Abgrenzung und Gemeinschaftsbildung“. Die anschließende Doppelausgabe knüpft lose an die vorliegende sowie an die *PERIPHERIE*-Hefte zu Flucht und Migration an, indem sie „Vertreibung durch

Entwicklungsprojekte“ in den Blick nimmt. Darüber hinaus planen wir Schwerpunkthefte zu Diskriminierung wegen unterschiedlicher sexueller Orientierungen, Gesundheit als Ware, Autoritarismus, Abschiebungen sowie Protest und Reform in der globalen Ökonomie vor. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge sehr willkommen. Die entsprechenden *calls for papers* finden sich auf unserer Homepage, sobald sie veröffentlicht werden.

Schließlich bedanken wir uns bei allen Leser*innen, Abonnent*innen sowie bei den Mitgliedern der WVEE. Unsere größtenteils ehrenamtliche Arbeit ist weiterhin von Spenden abhängig. Eine für die langfristige Sicherung des Projekts besonders willkommene Förderung stellt die Mitgliedschaft im Verein dar, in der das Abonnement der Zeitschrift sowie regelmäßige Informationen über die Redaktionsarbeit enthalten sind. Wir freuen uns aber auch über einmalige Spenden. Unsere Bankverbindung finden Sie, liebe Leser*innen, im Impressum.

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie außer den *Calls for Papers* für die kommenden Hefte ein Formular zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements sowie weitere Informationen zur *PERIPHERIE*.